

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Nahostexperte zur türkischen Syrien-Offensive: „Den Preis zahlen am Ende wir Europäer“](#)
2. [Britisches Geheimprogramm für die saudische Nationalgarde](#)
3. [Militärhaushalt: 50 Mrd. Schallmauer](#)
4. [Kollateralschäden im Führungskampf](#)
5. [Fauler Deal bei der Grundsteuer](#)
6. [Steuerfahnder - warum es immer noch zu wenige gibt](#)
7. [Schattenmacht Blackrock](#)
8. [Deutschland, das neue Sorgenkind](#)
9. [Der fleißige Herr Spahn - Mit Vollgas gegen den Datenschutz](#)
10. [Das zahlt Bundesregierung an Kanzleien: 380 Euro pro Stunde für Abwehr von Presseanfragen](#)
11. [Gleicher Lohn: Bundesarbeitsgericht stärkt Rechte von Leiharbeitern](#)
12. [Reaktor Rostiges Rohr](#)
13. [Lithium in Bolivien: Die Gier nach dem weißen Gold](#)
14. [Die Psycho-Tricks der App-Entwickler](#)
15. [«Gerne würde ich statt in Russland in einem andern Land leben»](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Nahostexperte zur türkischen Syrien-Offensive: „Den Preis zahlen am Ende wir Europäer“**

Der Nahost-Experte Michael Lüders kritisiert die fehlende Strategie der EU in der Region. [...]

Man glaubt immer noch an ein enges Bündnis mit den USA. Aber das erratische Verhalten von Donald Trump macht es natürlich ratsam, sich einmal zu überlegen, wie

kann eine, auch von Washington in Teilen unabhängige sinnvolle Politik der Europäer, der Deutschen aussehen, gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten, gegenüber der Türkei, gegenüber dem Iran. Ein solches Nachdenken findet aber nicht wirklich statt. Man begnügt sich nach wie vor mit der Rolle des Juniorpartners, und das Ergebnis ist dann, dass wir in Deutschland als Ergebnis des Versuches, Assad zu stürzen in Syrien, 800.000 Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen haben. Das hätte man alles vermeiden können, wenn man vielleicht doch nüchtern sich überlegt hätte, wie sinnvoll ist es, eine Interventionspolitik zu betreiben, wie wir sie in Syrien und anderswo in der Region gesehen haben, im Irak, in Libyen und so weiter. Den Preis zahlen am Ende wir, die Europäer. Und es reicht nicht, letztendlich den Juniorpartner spielen zu wollen und dann sich darüber zu erstaunen und zu empören, dass natürlich Russland, der Iran und das Regime von Baschar al-Assad die großen geostrategischen Gewinner sind dieser Scharaden, die wir jetzt in der Region Tag für Tag neu erleben.

Müller: Anders herum gefragt. Muss das aus europäischer Sicht ein Nachteil sein, wenn die Russen noch mehr Einfluss und Kontrolle gerade auch in Syrien bekommen?
Lüders: Im Grunde genommen nicht. Und selbst wenn man zu dem Ergebnis käme, dass man das nicht will, weil man die Russen als Widersacher ansieht, muss man nüchtern sagen: Es werden am Ende die Russen sein, die eine Lösung herbeizuführen versuchen. Denn sie sind die einzigen Spiellemacher, die zu den Konfliktparteien gleichermaßen gute Beziehungen unterhalten. Die Deutschen nimmt, nüchtern gesehen, niemand mehr ernst, weil sie stets mit moralischem Zeigefinger daherkommen, aber in der Sache nicht liefern. Und Russland hat sehr geschickt, wie auch Erdogan, die Gunst der Stunde erkannt. Erdogan ist zweifelsohne ein sehr gerissener Politiker - und ich sage das nicht als Ausdruck der Anerkennung, sondern nüchtern und analytisch. Er ist ein brillant zu nennender Machiavellist. Er hat genau erkannt: In dem Moment, wo die Amerikaner ihm signalisieren, dass er einmarschieren kann, tut er das auch - wenige Tage später, zum dritten Mal seit 2015. Die beiden vorigen Male haben die Amerikaner ihn noch einigermaßen ausgebremst. Jetzt nicht mehr und jetzt will er allen Ernstes den gesamten Norden Syriens besetzen und die kurdischen Autonomiebestrebungen ein für alle Mal zerschlagen, weil er sie als Bedrohung sieht für eventuelle Autonomiebestrebungen der Kurden im eigenen Land, im Südosten der Türkei.

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

dazu: Vermeidung militärischer Konfrontationen in Syrien - Putin lädt Erdogan nach Russland ein

Der türkische Präsident Erdogan hat die Einladung des russischen Präsidenten Putin angenommen, nach Russland zu kommen, um das Thema Syrien zu besprechen. Dies

vereinbarten beide Seiten in einem Telefonat. Es geht um die Vermeidung militärischer Konfrontationen in Syrien.

Quelle: [RT deutsch](#)

dazu auch: Angriffskrieg stoppen!

Während der Angriffskrieg des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan auf Hochtouren läuft und seine islamistische Soldateska furchtbare Kriegsverbrechen in Syrien begeht, ist in den USA und in Europa die Stunde der Krokodilstränen angebrochen. Geharnischte Erklärungen gehen einher mit schlichter Folgenlosigkeit. Die Europäische Union ist ein Paradebeispiel. Manchmal scheint sich sogar ein direkter Zusammenhang zwischen aufgeregter Rhetorik und fortgesetzter Handlungsverweigerung zu ergeben. Hier ist es Außenminister Heiko Maas, der neue Maßstäbe setzt.

Es ist zugleich, was die Bundesregierung angeht, die Stunde der Nebelkerzen. Ein Waffenembargo wird so aufgesetzt, dass auch künftig alles, was bisher genehmigt und ausgeliefert wurde, munter weiter exportiert wird.

Quelle: [Sevim Dagdelen auf junge Welt](#)

2. Britisches Geheimprogramm für die saudische Nationalgarde

Die USA und Großbritannien stehen unter Kritik wegen ihrer Unterstützung der von Saudi-Arabien geleiteten Koalition, die seit 2015 einen Krieg gegen den Jemen führt und das Land in die nach den Vereinten Nationen schlimmste humanitäre Katastrophe auf der Welt gebracht hat. Bei den Kämpfen wurden zehntausende Menschen getötet, meist Zivilisten. 80 Prozent der Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, 10 Millionen leiden Hungersnot, 3 Millionen wurden vertrieben, Die Wirtschaft ist ruiniert, auch die Landwirtschaft, über 60 Prozent der Menschen haben keine Arbeit. Beide Länder unterstützen Saudi-Arabien auch mit Waffen. [...]

Versehentlich wurde über eine Stellenausschreibung bekannt, dass die britische Regierung mit einem Budget von zwei Milliarden britischen Pfund die mehr als 130.000 Mann starke Nationalgarde Saudi-Arabiens – auch Weiße Armee genannt – ausbildet, die nicht nur die herrschende königliche Familie schützen soll, also neben der Armee eine mächtige Privatmiliz darstellt, sondern die auch aktiv im Krieg gegen Jemen beteiligt ist und im Inneren militärisch bei Unruhen eingreifen kann.

Quelle: [Telepolis](#)

3. Militärhaushalt: 50 Mrd. Schallmauer

„Traditionell“ sind die von der NATO erfassten Ausgaben höher als der offizielle deutsche Rüstungsetat, da in sie Posten einfließen, die die Bundesregierung herausrechnet. Während der Haushalt 2019 offiziell 43,2 Mrd. Euro betrug, waren es

laut NATO 47,62 Mrd. Euro. Im nächsten Jahr soll er noch einmal deutlich steigen und die „magische“ Grenze von 50 Mrd. übersteigen, berichtet Zeit Online: „Die deutschen Verteidigungsausgaben könnten im kommenden Jahr erstmals auf mehr als 50 Milliarden Euro steigen. Der Nato sollen für das Bündnis relevante Investitionen und Kosten in Höhe von voraussichtlich 50,36 Milliarden Euro gemeldet werden. Das erfuhr die Nachrichtenagentur dpa aus Nato-Kreisen in Brüssel, Militärkreise in Berlin bestätigten der dpa die Zahlen.“

Quelle: [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Dafür hat Bundesfinanzminister und Möchtegern-SPD-Chef Scholz und die gesamte schwarz-rote Koalition offenbar Geld. Aber wenn es um mehr Geld z.B. für die Existenzsicherung, marode Infrastruktur oder armutsfeste Rente geht, wird u.a. auf die Schuldenbremse verwiesen. Wie passt das eigentlich zusammen? Das ist doch Wahnsinn.*

4. **Kollateralschäden im Führungskampf**

Deutsch-französische Machtkämpfe blockieren Pläne für die nächste EU-Erweiterung und überschatten den heute beginnenden EU-Gipfel in Brüssel. Berlin dringt mit aller Energie darauf, Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien und Albanien einzuleiten; dies soll verhindern, dass sich die beiden Länder von der Union abwenden, die wenig für sie tut, und sich stattdessen auf andere Mächte wie China sowie Russland ausrichten, da die Kooperation mit ihnen größeren Nutzen verspricht. Paris allerdings verweigert sich der Berliner Forderung: Solange die Bundesregierung französische Vorhaben wie etwa die Einführung eines Haushalts für die Eurozone durchweg verhindere, sei man nicht bereit, ohne weiteres sämtliche deutschen Wünsche zu erfüllen, heißt es in der französischen Hauptstadt. Die Debatte um Beitrittsgespräche mit Nordmazedonien sowie Albanien soll auf dem EU-Gipfel fortgesetzt werden. Während die Union nicht vom Fleck kommt, bemüht sich nun neben Beijing und Moskau auch Washington um eine Stärkung seiner Position in Südosteuropa.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

5. **Fauler Deal bei der Grundsteuer**

„Die Grundsteuer ist wichtig für die Kommunen. Es geht um 14 Milliarden Euro jährlich für unsere Infrastruktur. Die nun erzielte Einigung von GroKo, FDP und Grünen vergisst die Mieter. Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Mieten hätte zugleich ausgeschlossen werden müssen. Denn wenn Hauspreise steigen, profitieren die Eigentümer, nicht die Mieter. Auf diese wird die Steuer aber abgewälzt“, kommentiert Fabio De Masi, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, den Kompromiss zur Reform der

Grundsteuer und der damit einhergehenden Änderung des Grundgesetzes. De Masi weiter:

„Bayern und die FDP wurden mit der Öffnungsklausel und absurden Verrenkungen eingekauft. So soll es keinen Mehraufwand für die Steuerzahler durch die Öffnungsklausel geben. Dann hätte man aber auf die Öffnungsklausel schlichtweg verzichten müssen.

Die Wertorientierung im ursprünglichen Regierungsentwurf wurde immer weiter aufgeweicht. Es ist aber ein Unterschied, ob eine Villa am Starnberger See oder eine Hütte auf dem gleichen Grundstück steht.

Eine realistische Bewertung von Immobilien wurde von der Union auch deswegen blockiert, um eine Wiedererhebung der Vermögensteuer zu verhindern. Nötig wäre neben dem Umlageverbot zum Schutz der Mieter eine aufkommensneutrale und gerechte Grundsteuer, die sich am tatsächlichen Wert von Grund und Immobilien orientiert.“

Quelle: [DIE LINKE. im Bundestag](#)

dazu: Studie: Viele Kommunen wollen Steuern und Gebühren erhöhen

Jede dritte Stadt plant einer Studie zufolge, mehr Geld für die Straßenreinigung oder Müllentsorgung von ihren Bürgern zu verlangen. Auch über die Erhöhung der Grundsteuer wird vielerorts nachgedacht. Vor allem finanzschwache Kommunen könnten versuchen, ihre Haushaltslage durch höhere Einnahmen zu verbessern.

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

6. Steuerfahnder - warum es immer noch zu wenige gibt

Thomas Eigenthaler, Vorsitzender Deutsche Steuergewerkschaft: “Wir müssten eigentlich alle drei Jahre bei den Firmen vorbeischaun. Das machen wir vielleicht bei den ganz großen Unternehmen, aber bei mittelgroßen Unternehmen kommen wir nur alle 15 Jahre, und bei kleinen Unternehmen kann es 50 Jahre im Schnitt dauern, bis das Finanzamt zu einer Steuerprüfung kommt. Im Grunde ist das ein Skandal.”

Fortsetzung bei den Vermögenden: Die Bäderkönige Zwick - vor dreißig Jahren beste Freunde der bayerischen CSU. Da brauchten Finanzbeamte schon viel Mut, um sie vor Gericht zu bringen.

2008 Durchsuchung bei Postchef Klaus Zumwinckel. Er hatte Geld in Liechtenstein versteckt.

Uli Hoeneß musste ins Gefängnis. Rund 28 Millionen Euro hatte er dem Fiskus verschwiegen.

Im April 2016 die so genannten Panama Papers. Großverdiener und Unternehmen hatten Briefkastenfirmen in der ganzen Welt verteilt.

Aber lange war die Politik äußerst zurückhaltend, genau hinzuschauen. Erst Norbert Walter-Borjans hatte als NRW-Finanzminister den Ankauf von Steuer-CDs maßgeblich durchgesetzt und damit Milliarden an hinterzogenen Steuern hereingeholt. Gegen den Widerstand von Unternehmern, Politikern und Boulevard-Presse.

Norbert Walter-Borjans, ehem. Finanzminister NRW: "Deutschland ist nach wie vor ein Paradies für Geldwäsche. Es gibt massenhaft Verdachtsfälle von Banken, denen die zuständigen Behörden, in dem Fall der Zoll, nicht nachkommen können, weil sie unterausgestattet sind mit Personal. Das führt dazu, dass wir in Deutschland ungefähr einhundert Milliarden Euro an schmutzigem Geld haben, was investiert wird und runde 20 bis 30 Milliarden davon in Immobilien, die dann in engen Märkten, wie in Berlin, dazu führen, dass die Mieten explodieren und Normalverdiener überhaupt keine Wohnungen mehr finden."

Die Steuer-Misere zeigt sich auch in diesem Papier: Der Antwort des bisher sehr verschlossenen Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage der Linken. Es werden immer weniger Betriebe geprüft, inzwischen unter zweihunderttausend.

Da verwundert es nicht, dass auch die dadurch gefundenen Einnahmen stark gesunken sind. Obwohl die Wirtschaft boomt.

Werden die Unternehmen und Großverdiener ehrlicher? Im digitalen Zeitalter ist es sicher schwerer, Geld zu verstecken. Aber vor allem fehlt es am passenden Personal in den Finanzbehörden, meinen die Experten vom Netzwerk Steuergerechtigkeit.

Quelle: [plusminus](#)

7. **Schattenmacht Blackrock**

Geld regiert die Welt. Und keiner verfügt über mehr davon als der amerikanische Finanzinvestor BlackRock. Wie viel Einfluss gibt ihm das auf Firmen, Politiker, ganze Länder - und auf uns?

Über sechs Billionen Dollar verwaltet BlackRock im Auftrag seiner Kunden. Das meiste stammt von großen Anlegern, aber auch Millionen Kleinsparer weltweit vertrauen dem mächtigsten Finanzkonzern der Welt ihr Geld an. Erstmals blickt eine Dokumentation hinter die Kulissen.

Sie zeigt, wie dessen Machtfülle in den Jahren nach der Finanzkrise rasant gewachsen ist. Längst gibt es namhafte Experten, die in der unfassbaren Größe von BlackRock eine Bedrohung für den freien Wettbewerb und die Stabilität der globalen Finanzmärkte sehen.

Quelle: [ZDF](#)

8. **Deutschland, das neue Sorgenkind**

Der Internationale Währungsfonds (IWF) korrigiert seinen Konjunkturausblick für Deutschland noch einmal nach unten.

Außer in Italien wird das Wirtschaftswachstum demnach 2019 in keinem

Industriestaat so niedrig ausfallen wie hierzulande.

Der IWF begründet die Entwicklung mit einem Mix aus außenwirtschaftlichen Faktoren und hausgemachten Fehlern. Bundesfinanzminister Scholz geht indes davon aus, die Probleme könnten durch "politisches Handeln wieder aufgelöst werden".

Quelle: [Süddeutsche](#)

***Anmerkung unseres Lesers H.K.:** In diesem Beitrag wird am Anfang auf Aussagen des IWF verwiesen, wonach die wirtschaftliche Schwäche in Deutschland auf außenwirtschaftlichen Faktoren und hausgemachten Fehlern beruht. Dann sucht man in dem Artikel allerdings vergeblich eine detaillierte Erläuterung dazu, was unter diesen hausgemachten Fehlern zu verstehen ist. Schade SZ. Eine gute Chance zur besseren Information der Leser in Bezug auf wirtschaftliche Zusammenhänge mal wieder verpasst. Oder macht man in Deutschland prinzipiell keine Fehler?*

9. **Der fleißige Herr Spahn - Mit Vollgas gegen den Datenschutz**

Medienwirksam stellt sich der Bundesgesundheitsminister als Hüter des Datenschutzes dar. In Wirklichkeit hat er gerade unbemerkt von der Öffentlichkeit einen bedeutenden Eingriff in die Grundrechte des Bürgers durchs Parlament gebracht.

Quelle: [Telepolis](#)

10. **Das zahlt Bundesregierung an Kanzleien: 380 Euro pro Stunde für Abwehr von Presseanfragen**

Was geben Ministerien und Behörden aus, um Presseanfragen abzuwehren? Eine Antwort auf eine Kleine Anfrage nennt zum ersten Mal Stundensätze - und gibt Hinweise, warum welche Kanzlei am häufigsten mandatiert wird.

Wie viel Geld Bundesministerien und ihre Behörden ausgeben, um Presseanfragen abzuwehren, geht aus einer aktuellen Antwort des Bundesministeriums der Justiz und Verbraucherschutz (BMJV) hervor, die LTO vorliegt. Angefragt hatte die Bundestagfraktion der Partei Die Linke.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat mit insgesamt 74.147,91 Euro für die Jahre 2013 bis 2018 am meisten ausgegeben, gefolgt von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit 48.990,34 Euro. An dritter Stelle steht das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, dort wurden 34.931 Euro ausgegeben, um Presseanfragen abzuwehren.

"Naturgemäß gibt der Inlandsgeheimdienst die meisten Steuergelder zur Abwehr von Auskunftsansprüchen aus", kommentierte die Linken-Abgeordnete Martina Renner.

"Das zeigt, in welchem Verhältnis diese Behörde zu Transparenz und demokratischer Öffentlichkeit steht."

Insgesamt fallen die Zahlen geringer aus als in einer Antwort aus dem Vorjahr . Gefragt wurde dieses Mal aber auch nur nach der Abwehr von Presseanfragen. Die Antwort des BMJV berücksichtigt deshalb offenbar nur Anfragen nach den Pressegesetzen - nicht aber Presseanfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz. Bei den beauftragten Kanzleien liegt Redeker Sellner Dahs mit Abstand vorne. Einzelne Mandate für Prozessvertretungen gingen an KPMG, Raue, Busse & Miessen und Taylor Wessing.

Quelle: [LTO](#)

11. **Gleicher Lohn: Bundesarbeitsgericht stärkt Rechte von Leiharbeitern**

Wenn Arbeitgeber vom Zeitarbeits-Tarifvertrag abweichen - müssen sie dann Leiharbeitern den gleichen Lohn zahlen, wie Stammbeschäftigten? Darüber haben nun die höchsten Arbeitsrichter entschieden.

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt hat die Rechte von Leiharbeitern gestärkt. Zahlen Arbeitgeber ihren Leiharbeitern entsprechend des geltenden Tarifvertrages einen geringeren Lohn als die Stammbeschäftigten erhalten, dürfen sie im Arbeitsvertrag die tariflichen Regelungen nicht weiter einschränken, heißt es in einer Mitteilung des Gerichtes vom Mittwoch (AZ: 4 AZR 66/18). Anderenfalls kann der Leiharbeitnehmer den gleichen Lohn beanspruchen, den auch die Stammkräfte im Entleiherbetrieb bekommen.

Quelle: [FAZ](#)

dazu: Gerichtstage: Das Bundesarbeitsgericht und das, was aus den Untiefen der Arbeitswelt nach oben gehievt wurde. Leiharbeiter bekommen das Mindeste, rumänische Bauarbeiter nichts

Man muss bei der Bewertung darauf hinweisen, dass hier logisch und folgerichtig lediglich klar gestellt wurde, dass ein Leiharbeitnehmer das Mindeste, was ihm nach dem Tarifvertrag für die Leiharbeitsbranche zusteht, auch bekommen muss - und das ist teilweise erheblich weniger, als die Stammbeschäftigten bekommen. Die Rechte der Leiharbeiter werden hier nur insofern „gestärkt“, als dass das Urteil des Bundesarbeitsgerichts ein Signal an Arbeitgeber aussendet, dass vereinbarte Mindeste nicht auch noch zu unterschreiten.

Aber am gleichen Tag hat das Bundesarbeitsgericht noch ein weiteres Urteil verkündet - und das ist aus Sicht der Arbeitnehmer wahrlich kein Erfolg. Sondern eine bittere Bestätigung, dass sie - in diesem Fall rumänische Bauarbeiter - nichts bekommen werden von dem, was ihnen für geleistete Arbeit - eigentlich selbstverständlich - zusteht an Lohn. Dabei geht es um die „Mall of Berlin“, einer dieser Konsumtempel unserer Zeit. Und um einen seit Jahren anhaltenden Rechtsstreit. Als die „Hall of Berlin“ hochgezogen wurde, waren wie so oft und

regelmäßig zahlreiche Subunternehmen sowie von denen beauftragte Sub-Subunternehmen im Einsatz. Und einige rumänische Bauarbeiter wurden damals Opfer eines Lohnraubs ihrer Arbeitgeber.

Quelle: [Aktuelle Sozialpolitik](#)

12. **Reaktor Rostiges Rohr**

Seit Ende September ist Block II des Kernkraftwerks Neckarwestheim wieder am Netz. Obwohl Korrosion still und leise an sensiblen Rohren des Druckwasserreaktors nagt. Ein Leck könnte zu einer Atomkatastrophe wie in Fukushima führen, warnt ein Nuklearexperte. Betreiber und Behörde widersprechen.

Es ist nicht bekannt, ob in der Nacht vom 22. auf den 23. September rund 30 Kilometer nördlich von Stuttgart die Korken knallten und die Reaktorfahrer im Leitstand des Kernkraftwerks Neckarwestheim (GKN) sich in die Arme fielen. Eher nüchtern klingt die Pressemitteilung, die das Wiederanfahren des Atommeilers verkündete: "Block II des GKN ist nach Abschluss der Revision wieder am Netz - Anlage leistet wieder einen wichtigen Beitrag zur zuverlässigen und klimafreundlichen Stromversorgung in Baden-Württemberg", überschrieb der Energieversorger EnBW seine Meldung. In 435 Worten erläutert der Konzern die Jahresrevision im GKN II, die rund 2800 Arbeitspunkte umfasste und 800 zusätzliche Fachkräfte von Hersteller- und Spezialfirmen beschäftigt hat. Beruhigend verweist die PR-Abteilung auf die "erfolgreiche Erledigung aller Arbeiten", bevor der Reaktor wieder hochgefahren wurde. "Wie üblich nach Zustimmung des Stuttgarter Umweltministeriums", so der abschließende Hinweis.

Quelle: [Kontext: Wochenzeitung](#)

13. **Lithium in Bolivien: Die Gier nach dem weißen Gold**

Für Akkus von Smartphones und Elektroautos braucht die Welt Lithium. Große Mengen davon lagern in Bolivien. Der Profit mit dem Rohstoff soll nicht im Ausland landen, verspricht Präsident Evo Morales - der am Sonntag wiedergewählt werden will.

Es knirscht unter den Schuhsohlen wie hart gefrorener Schnee. Aber es ist Salz. Ein stahlblauer Himmel wölbt sich über die endlos scheinende weiße Fläche: Der Salar de Uyuni. Am Horizont zeichnen sich Berge und Vulkane ab.

Der größte Salzsee der Welt liegt im Südwesten Boliviens, auf 3650 Metern Höhe. Bislang vor allem als touristische Attraktion bekannt. Unter der dicken Salzkruste verbirgt sich ein gigantischer Schatz, von den umliegenden Vulkanen vor vielen Jahren mit Schlamm und Wasser herunter geschwemmt und in den Tiefen des Salzsees gelagert: Lithium - ein begehrter Rohstoff, auch das „weiße Gold“ genannt. Er wird gebraucht für Akkus von Laptops, Tablets und Smartphones, für

Stromspeicher von Solarsystemen. Vor allem aber für Elektroautos.

Quelle: [Deutschlandfunk Kultur](#)

14. **Die Psycho-Tricks der App-Entwickler**

Mit äußerst perfiden Tricks macht die App-Industrie ihre User von ihren Diensten abhängig - mit weitreichenden Folgen für unsere Psyche und unser Wohlbefinden. Eigentlich wollten Sie nur kurz nachschauen, warum Ihr Smartphone gerade vibriert hat - und schon sind wieder zehn Minuten vergangen, in denen Sie ziellos durch Apps getappt sind? Und danach können Sie gar nicht sagen, was sie die ganze Zeit gemacht haben? Dann sind Sie der Werbe-, App- und Spieleindustrie auf den Leim gegangen - im wahrsten Sinne des Wortes.

„Stickiness“ nennen es die Strategen aus dem Silicon Valley: Eine App soll möglichst „klebrig“ sein, damit die Kundschaft so viel Zeit wie möglich mit ihr verbringt. Aus Sicht der Entwickler ist das nachvollziehbar. Natürlich hoffen sie, dass die Nutzer die App möglichst intensiv benutzen („user engagement“) und regelmäßig starten („retention“). Schließlich steigt so zum Beispiel die Wahrscheinlichkeit, dass sie Werbung sehen (gut) oder anklicken (besser).

Zwar haben auch Entwickler von nicht werbefinanzierter Software ein Interesse daran, dass die Kundschaft ihr Produkt gerne und oft verwendet; doch geht es hier vor allem darum, die Nutzer glücklich zu machen. Bei werbefinanzierten Apps sind die Nutzer dagegen nur Mittel zum Zweck - um Werbegeld abzugreifen. Und da kommen dann auch schon mal Tricks zum Einsatz, die nicht nur nerven, sondern im schlimmsten Fall sogar süchtig machen können. Alle diese Tricks haben eines gemeinsam: Sie wirken im ersten Moment vollkommen harmlos.

Quelle: [Heise Online](#)

15. **«Gerne würde ich statt in Russland in einem andern Land leben»**

Edward Snowden im gekürzten Interview mit dem ZDF am 15. September.

Quelle: [Infosperber](#)